

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: **Aktueller Stand Digitalisierung/Online-Zugangsgesetz**

Bezug:

Anlagen:

Zusammenfassung:

Information über den rechtlichen Rahmen und den aktuellen Umsetzungsstand und die laufenden bzw. geplanten Maßnahmen in der Stadtverwaltung zum E-Government-Gesetz Baden-Württemberg (EGovG BW) und Onlinezugangsgesetz (OZG). Es wird mindestens einmal jährlich über den aktuellen Umsetzungsstand informiert.

Finanzielle Auswirkungen

Die Verwaltung rechnet und plant im Haushalt 2021 mit folgenden Kosten für Digitalisierungsprojekte und Personal:

Betrieb und Wartung des DMS ELO jährlich	31.600 €
Weiterentwicklung und Anpassungen am DMS (Schnittstellen, Funktionen)	11.500 €
Projekt ersetzendes Scannen Übergabe der gescannten Dokumente an das DMS, Schnittstellenarbeiten	11.500 €
Kommunales Rechenzentrum Komm.ONE: Support für OZG-Leistungen über service-bw ab 2021 nur noch über einen Servicevertrag	einmalige Kosten 12.000 €, laufende jährliche Kosten 3.000 €.
Kosten für das E-Payment, also das Onlinebezahlen von Anträgen und Dienstleistungen	20.000 €

Kosten für 100 MS Teams Lizenzen für Videokonferenzen jährlich	9.400 €
ergänzendes Online- und Prozessportal, um voll digitale bzw. Ende zu Ende digitalisierte, eigenständige Prozesse anzubieten, Ergänzung zu service-bw	10.000 €
Weitere Personalkosten	Klärung im Rahmen des HH 2021

Die aufgeführten Kosten sind mit der Haushaltsplanung 2021 entsprechend anzumelden.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die Stadtverwaltung Tübingen muss laut OZG 588 Verwaltungsleistungen („Leistungsbündel“) bis Ende 2022 auf service-bw anbieten. Dahinter stehen ca. 4.500 „Teilleistungen“, wovon aktuell auf service-bw offiziell, flächendeckend über das kommunale Rechenzentrum Komm.ONE und das Innenministerium 7 Verwaltungsleistungen technisch zur Verfügung stehen, drei davon bietet die Stadtverwaltung schon an. Es gab in diesem Jahr, Stand September 2020, keinen Fortschritt und keine weiteren Leistungen, die neu angeboten wurden seitens des Innenministeriums und des kommunalen Rechenzentrums Komm.ONE im Vergleich zu 2019.

Die Stadtverwaltung Tübingen möchte die digitalen Verwaltungsleistungen nicht nur über service-bw zur Verfügung stellen, sondern zusätzlich die betroffenen internen Prozesse entsprechend optimieren und soweit noch nicht vorhanden, medienbruchfrei digitalisieren. Hierin enthalten soll auch eine voll digitale Bearbeitung mit Schnittstellen zu den Fachverfahren und eine digitale Rückmeldung an die Einwohnenden sein.

2. Sachstand

Basierend auf der Umsetzungsstrategie befinden sich folgende Maßnahmen in der Planung bzw. Umsetzung:

2.1. Dokumentenmanagementsystem (DMS)

Seit 2020 sind im Rahmen der Einführung des DMS sukzessive immer weitere Fachbereiche und Fachabteilungen hinzugekommen. Neben der normalen Projektarbeit zur Umsetzung und Einführung bedeutet dies zusätzlich einen dauerhaften Betreuungsaufwand, der mit dem DMS arbeitenden Bereiche für die Sachbearbeitung DMS und den Digitalisierungsbeauftragten als Gesamtprojektleitung. Ein zusätzliches Angebot besteht darin, dass auch die DMS-Verantwortlichen bei einer Umorganisation oder Neustrukturierung Unterstützung bereitstellen, damit die für das DMS-optimierte Ablagestruktur angepasst werden kann. Zusätzlich taucht in vielen Bereichen Beratungsbedarf hinsichtlich des Verscannens von Bestandsakten auf, die ins DMS übernommen und der E-Akte zugeführt werden müssen.

Aktuell arbeiten als Pilotbereiche der Fachbereich Personal, Organisationsentwicklung, Digitalisierung und der Fachbereich Kommunales in Teilen mit dem DMS. Die Pilotpha-

se ist erfolgreich abgeschlossen. Das ausgewählte Produkt ELO von n-komm hat sich bewährt. In der Pilotphase hat sich gezeigt, dass die DMS-Einführung einen Kulturwandel mit Änderungen der Arbeitsabläufe bewirkt. Unterstützung/Qualifizierung der Beschäftigten bei der Einführungsphase ist notwendig, um die Prozessoptimierungspotentiale voll erschließen zu können. Die Verwaltung geht dabei nach dem Prinzip „erst organisieren, dann digitalisieren“ vor.

Aktuell laufen weitere Einführungsprojekte beim Fachbereich Revision und Kommunales, bei der Fachabteilung Bürgeramt, Soziale Hilfen für Geflüchtete und Service Center Bildung und Betreuung. Weitere Bereiche, die Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Personalvertretung und die Tübinger Musikschule (TMS) haben angefragt

Der bisherige Rolloutplan für die gesamte Kernverwaltung zur Einführung des DMS geht derzeit bei zur Verfügungsstellung einer weiteren Person ab 2021 davon aus, dass das Projekt bis Ende 2025 abgeschlossen werden kann. Aktuell wird geklärt, ob das Projekt forciert und frühzeitiger abgeschlossen werden kann, um innerhalb der Verwaltung die Prozesse schneller optimieren zu können.

2.2. Digitaler Posteingang

Hierzu läuft ein Projekt unter Leitung des Fachbereichs Kommunales in Verbindung mit der DMS-Einführung. Für 2021 ist hier geplant den Posteingang zu digitalisieren und auch Fachbereichen ohne DMS-Nutzung gescannte Post anzubieten, ersatzweise über ein Laufwerk auf dem Filesystem bis zur DMS-Einführung.

2.3. E-Rechnung

Das Projekt zur Annahme von elektronischen Rechnungen aus überschwelligen Vergabeverfahren, Schwellenwerte gem. § 106 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) (Liefer- und Dienstleistungsaufträge 214.000 Euro bzw. in den Sektoren Wasser, Energie und Verkehr bei 428.000 Euro und für öffentliche Bauaufträge bei 5.350.000 Euro), wurde im Nachgang zur gesetzlichen Frist vom 18.04.2020 fertig gestellt und steht auf der Homepage zur Verfügung:

<https://www.tuebingen.de/1515.html#/29045>

Das Projekt „E-Rechnung“ in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen Kommunales und Finanzen, um nicht nur die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen, sondern zusätzlich auch noch intern digital Rechnungen weiterbearbeiten und freigeben zu können, soll Ende 2021, Anfang 2022 starten.

Zusätzlich hat in diesem Jahr eine Grundsatzklärung mit Komm.ONE stattgefunden, um die bisher fehlende Bereitschaft zur Anbindung der Schnittstellen im Finanzbereich an das DMS zu ermöglichen. Dies wurde nun durch einen Austausch auf Vorstandsebene geklärt und die Anbindung perspektivisch zugesichert.

2.4. Digitalisierungsmaßnahmen im Fachbereich Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung

Die Projekte Einführung eines Selfservice Terminals der Bundesdruckerei für Ausweise und Reisepässe sowie die Einführung von Pen Pads, um elektronisch Unterschriften entgegennehmen zu können, konnten im Februar 2020 abgeschlossen werden.

Die Onlineterminvergabe zur Besucherstromsteuerung ist derzeit noch in Umsetzung und wird vom Fachbereich Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung geleitet. Hier sollen mehrere Bereiche Termine anbieten. Ein Rollout auf die Gesamtverwaltung für alle Dienststellen mit Publikumsverkehr ist anzustreben in 2021.

Der Gemeinderat hat der Änderung der Satzung zur Erhebung von Parkgebühren zugestimmt, so dass mit dem Anbieterkonsortium Smart Parking e.V. voraussichtlich ab Herbst 2020 Parkscheine mit dem Smartphone gelöst und bezahlt werden können.

2.5. Digitalisierungsmaßnahmen Online Zugangsgesetz

Aufgrund der schleppenden Einführung der Online-Bürgerdienste und der Umsetzung des OZG in Baden-Württemberg über das Innenministerium und Komm.ONE mittels des E-Governmentportals service-bw, hat sich die Stadtverwaltung dazu entschlossen, Alternativen als Ergänzung für voll digitale Prozesse zu betrachten.

Unerlässlich ist hier aber die Einführung eines E-Payment-Verfahrens, einer Online-Bezahlungsfunktion für alle kostenpflichtigen Angebote und Leistungen der Stadtverwaltung. Hierzu soll Ende 2020 ein Projekt unter Federführung des Fachbereichs Finanzen starten, so dass diese Basiskomponente des E-Governments zur Verfügung steht. Diese Komponente kann auch für die Ergänzungen zu service-bw genutzt werden.

Über den Digitalisierungsbeauftragten sind die Online-Bürgerdienste in Zusammenarbeit mit service-bw.de weiter ausgebaut worden. Eine aktuelle Übersicht finden Sie auf der Homepage:

<https://www.tuebingen.de/26160.html>

Derzeit werden rund 25 Online-Prozesse (weitere OZG-Leistungen, zusätzlich zu den genannten offiziellen OZG-Leistungen über die Universalprozesslösung des Innenministeriums seit April 2020) über service-bw angeboten in den Fachbereichen Finanzen (Hundesteuern), Kommunales (Wahlscheine), Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung (Abmeldung ins Ausland, Wohnungsgeberbescheinigung, Elterngeld) sowie Soziales (Wohngeld online beantragen). In Planung sind die Urkundenbestellung über das Standesamt und Leistungen im Baudezernat im Bereich Vermessung und Geoinformation.

2.6. Digitalisierung im Baudezernat

Im Baudezernat wurde das fachbereichsübergreifende Projekt unter Federführung der Prozess- und Projektkoordinatorin abgeschlossen mit dem Ziel, eine „Roadmap Digitalisierung im Baudezernat“ zu erstellen. Es wurden 3 Säulen festgelegt, auf denen das Projekt aufgebaut werden soll:

- einheitliche Geodateninfrastruktur mit dem Auskunftssystem „TüGIS“
- Digitalisierung von Prozessen mit den Standards XBau und XPlanung, priorisiert nach gesetzlichen Vorgaben (wie z.B. e-Vergabe, Bereitstellung von Bebauungsplänen oder im Baugenehmigungsverfahren), nach einfacher Umsetzung und nach größtmöglichem Einsparungseffekt auf Grund der Masse
- Bereitstellung einer projektbezogenen Infrastruktur unter Einbeziehung der vorgenannten Projekte wie DMS, Digitaler Posteingang oder E-Rechnung

2.7. Kollaboration und Videokonferenzen, digitale Sitzungen

Im Zuge der Corona-Pandemie wurde es unerlässlich, dass Sitzungen der Gremien und der Beschäftigten auch digital, ohne Präsenz mit Mitarbeitern, Ratsmitgliedern oder Externen stattfinden konnten.

Hierzu haben die Fachabteilung Informationstechnik und der Digitalisierungsbeauftragte sukzessive das Angebot stabilisiert und in einem Regelbetrieb für den Fachbereich Kommunales überführt. Seit September sind nun auch im Rathaus am Markt 2 Besprechungsräume und im Technischen Rathaus 3 Besprechungsräume mit Videokonferenztechnik aufgerüstet worden. Für die Dienststellen Fruchtschranne, Nonnengasse und Münzgasse, laufen die Beschaffungen noch.

Unerlässlich hierbei ist ein Pool an Mitarbeitenden, die als „Digitale Ersthelfer“ aus den jeweiligen Organisationseinheiten unterstützen. In Zusammenarbeit des Digitalisierungsbeauftragten mit der Fachabteilung Organisationsentwicklung wurden hier Schulungen, Vorlagen und Informationen für alle Beschäftigten erstellt und digitale Kommunikations- und Kollaborationsmöglichkeiten eröffnet.

3. Vorgehen der Verwaltung

Der Digitalisierungsbeauftragte u. a. als Verantwortlicher für die notwendigen Maßnahmen für EGovG BW und OZG sowie die Digitalisierungsprojekte der Stadtverwaltung, hat entsprechend die benannten Sachstände selbstständig ausgebaut und plant den weiteren Ausbau und die Umsetzung, wie aus der Kostenplanung beschrieben für den Haushalt 2021.

Dies sind die nachfolgend geplanten Schwerpunkte zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben über das OZG hinaus in 2021, um weitere Prozessoptimierungen und mehr Servicequalität gegenüber den Einwohnenden zu erreichen:

- Einführung und Weiterentwicklung des DMS
- Projekt zum ersetzenden Scannen von Schriftgut mit Schnittstelle zum DMS
- Ausbau der OZG-Leistungen über service-bw
- Einführung E-Payment als Bezahlkomponente für Online-Anträge über service-bw
- Einführung ergänzendes Online- und Prozessportal, um voll digitale bzw. Ende zu Ende digitalisierte, eigenständige Prozesse anzubieten

4. Lösungsvarianten

Bei Nichteinführung bzw. -umsetzung nur Erfüllung der Mindestanforderung des OZG, sprich Nutzung der digitalen Plattform service-bw über das Innenministerium zur digitalen Antragsstellung nach Außen zur Bürgerschaft. Damit sind keine interne Prozessoptimierung sowie –verschlinkung und keine durchgängig digitalen Prozesse möglich.

Die geplanten Projektlaufzeiten verlängern sich bzw. müssen Projekte zurückgestellt werden, sollte auch personell kein Stellenzuwachs stattfinden.

5. Klimarelevanz

Durch die digitale Aktenführung entfallen Ausdrucke bzw. Such- und Wegezeiten. Es ist von einer schnelleren Bearbeitung auszugehen.

Zusätzlich können bei der Bereitstellung und Nutzung der Online-Bürgerdienste als weiteren Kanal Termine vor Ort in den Dienststellen entfallen, damit verbunden die Kosten und Aufwände der Einwohnenden die Stadtverwaltung aufzusuchen.